

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1850

Druckerei: Nachrichten Dresden  
Verlagsnummer: 20241  
Rus für Nachdruck: Nr. 20011  
Schiffstraße 1. Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden - K. 1, Maxstraße 24/25

Bezugspreis: vom 1. Jan. 1929 bei täglich gewöhnlicher Zustellung pro Band 1,70 RM.  
Vollzugspreis für Monat Januar 2,40 RM, einjähr. 20 RM. Bezugspreis (ohne Postgebühren):  
Einzelnummer 15 Pf., außerhalb Dresdens 20 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach  
Wochenberechnung: die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf. Familien-  
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 20 mm breite Zeile 30 Pf.,  
200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offertengebühr 20 Pf. Kurzfristige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt,  
Dresden, Wohlseh-Platz, 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unveränderte  
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

**THÜRMER-FLUGEL-PIANOS**  
Kunstplepianos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
Meißen i. Sa. **Martinstr. 12** Bautzen i. Sa. **Seminarstr. 8**

**KONDITOREI Limberg**  
Empfehle mein anerkannt vorzügliches **Kaffeegebäck**  
in reicher Auswahl  
Spekulatius Pfund von M. 1.60 an  
Prager Straße 10

**Englischer Garten**  
Das Restaurant von Weltruffl  
Ringstraße 32  
Telephon 13333  
Stadtküche  
Weinhandlung  
Austernversand

## Dr. Curtius geht nicht nach Genf

### Noch keine Einigung im Haag

Von unserem nach dem Haag entsandten Sonderberichterstatter

Im Haag, 11. Januar. Heute sollte der Generalsekretär der Weigner — diesmal unter englischer Führung — beginnen. Snowden hatte sich bekanntlich gestern stark gemacht, alle anstehenden Punkte mit Ausnahme der Sanktionsfragen, die er als eine deutsch-französische Angelegenheit betrachtet, heute vormittag zu vereinigen. Der Kampf begann um 10 Uhr im Kreise der sechs einladenden Mächte und dauerte anderthalb Stunde. Dann kehrte die deutsche Delegation zurück und erklärte, daß eine Einigung unmöglich gewesen sei. Curtius fügte hinzu:

„Die Lage hat sich zuspitzt. Wir konnten und nicht einigen, ich laufe nun nicht nach Genf.“

Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Jedenfalls aber ist der Plan, nach heute einfach zu überrennen, fehlschlagen. — Vor dieser großen Sitzung war Curtius bei Tardieu, um den Gedanken austauschen über die Sanktionsfrage fortzusetzen. Dabei ist nach französischen Quellen auch ein deutsches Memorandum überreicht worden, das die deutschen Wünsche und Vorschläge noch einmal zusammenfaßt. Diese deutsche Niederschrift war gestern in langen bestigen Beratungen zu Papier gebracht worden. Die Besprechung Curtius — Tardieu brachte aber gleichwohl keine Klärung. Auch hier ist also bisher

keine Verständigung möglich gewesen.

Damit sind die Verhandlungen aber keineswegs etwa abgebrochen. Für heute nachmittag sind schon neue Sitzungen und Sonderberatungen in Aussicht genommen. Trotzdem wirkte der Entschluß des deutschen Außenministers, die Genfer Reise anzugehen, um so sensationeller, als Curtius gestern erst diese Absicht öffentlich bekanntgemacht und zugleich als sehr wünschenswert bezeichnet hatte.

Die Lage ist also gespannt.

Leider glaubt niemand hier, daß wir die Konferenz unter Umständen scheitern lassen könnten. Auch wäre der mögliche Gewinn eines etwa erfolgreich durchgeführten deutschen Widerstands infolge des Fehlens eigener deutscher Forderungen verhältnismäßig gering. Eine Ausnahme macht höchstens die Sanktionsfrage, aber nur, wenn hier etwas ganz Klares und Eindeutiges in unserem Sinne erreicht wird.

Im übrigen ist nur noch zu melden, daß gestern noch spät abends ein französisches „Papier“ über die Mobilisierungslage bei der deutschen Delegation eingetroffen ist, das gegenwärtig noch geprüft wird. Es handelt sich dabei, wie berichtet wird, aber nur um die erste Forderung der Mobilisierung.

Heute vormittag hat übrigens Finanzminister Woldehauser noch mit Curtius über die Frage der Mobilisierung gesprochen. Dabei ist von französischer Seite verlangt worden, Deutschland solle sich verpflichten, bis zum 30. Oktober 1930

keine Anleihen mehr auf dem internationalen Markt aufzuliegen.

Wie kurz vor Redaktionsschluss noch verlautet, wird eine Einigungsmöglichkeit in der Zahlungsfrage jetzt darin gesehen, daß die Zahlungen der Deutschen Reichsbahn am Ende jedes Monats, alle übrigen Zahlungen aber Mitte des Monats erfolgen. Diese Version ist von französischer Seite ausgegangen worden.

### Museinwanderung Curtius-Chéron

Im Haag, 11. Jan. In der heutigen Vormittagsitzung der Sechsmächte hat sich der französische Finanzminister Chéron über die deutsche Hartnäckigkeit bei der Verhandlung der verschiedenen materiellen Punkte beschwert und er wurde dabei von Snowden unterstützt. Reichsaussenminister Dr. Curtius erwiderte darauf, es könne keine Rede von einer Verschleppung von deutscher Seite sein. Deutschland habe aber den Vorschlag gegen die Versuche zu vertheidigen, ihn abzuändern oder zu verwickeln. Der Minister gab dann zu allen offenen Punkten eine mündliche Erklärung ab, deren schriftliche Festlegung von den Verhandlungsgegnern erbeten wurde. Die deutsche Delegation stimmte zu und hat sich nach Beendigung der Sitzung mit dieser Aufgabe befaßt. Die gewünschte schriftliche Erklärung wird um 8 Uhr nachmittags den übrigen Delegationen übergeben, und um 5 Uhr nimmt die Sitzung der Sechsmächte ihren Fortgang. Die Besprechung Tardieu-Curtius über die Sanktionsfrage ist auf eine spätere Abendstunde anberaumt worden.

### Abreise des Staatssekretärs v. Schubert nach Genf

Haag, 11. Januar. Staatssekretär Dr. v. Schubert hat mit seinen Mitarbeitern heute mittag um 12,35 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Zuge über Köln den Haag verlassen und trifft heute abend in Genf ein, um Deutschland auf der Ratstagung zu vertreten.

### Pariser Sorgen

Das „Gespens“ Schacht — Briand kommt sich überflüssig vor  
Vielleicht eine dritte Haager Konferenz?

**Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten**  
Paris, 11. Jan. „Kein Fortschritt im Haag“, das ist das einzige Echo, das von dort hierher dringt. Außer der Sanktionsfrage bleiben nach der Darstellung, die Havas gibt, noch sieben andere Fragen unerledigt. Mit Zeit und Erfindungs-gabe, so berichtet ein Freund Briands, wird man sich über diese noch verständigen. Der Berichterstatter des „Petit Journal“ im Haag fürchtet, daß alle wichtigen Entscheidungen wieder bis zur letzten Stunde aufgeschoben bleiben.

Der deutsche Vorschlag in der Sanktionsfrage, daß der Haager Schiedsgerichtshof nicht nur die Vollmacht haben solle, über eine etwaige Verletzung Deutschlands, sondern auch über die Art der Sanktionen zu entscheiden, wird hier als unannehmbar, bezeichnet und das „Echo de Paris“ läßt Tardieu ein, den Deutschen zu erklären, daß man vor der Londoner Konferenz in keinem Punkt nachgeben werde und ruhig eine dritte Haager Konferenz im April abwarten könne. „Echo de Paris“ macht Briand Vorwürfe wegen seiner Abreise nach Genf; denn die Genfer Tagung erhebe sich durchaus nicht Briands Gegenwart. Infolge davon werde auch Curtius, Briand folgend, abreisen und Briand erscheine so als derjenige, der die Konferenzarbeiten hinaus-schiebe.

Hier in Paris findet man aber Briands Abreise durchaus begreiflich, weil man weiß, daß er sich im Haag neben Tardieu ziemlich überflüssig vorkam. Der Antritt des Reichsbankpräsidenten sieht man hier wie einem Gespenst entgegen, und man befürchtet, der Reichsbankpräsident werde jede Beteiligung Deutschlands an der Kommerzialisierung der Tributzahlungen ablehnen. Für diesen Fall sei im Vorschlag die Beteiligung deutscher Privatbanken vorgesehen, und diese würden nicht zögern, da ihnen die Dank große Kreditverleihenungen gemähre. Als weiteres Mittel gegen die Opposition Schachts könne nach Ansicht des „Excelsior“ höchstens dessen Entlassung vom Amt des Reichsbankpräsidenten in Betracht kommen. Aber diesen frommen Wunsch erklärt der der französischen Regierung treu ergebene „Excelsior“ selbst als kaum durchführbar.

Nach einer „Times“-Meldung beabsichtigen die Vertreter Australiens, Neuseelands und Kanadas, zur Durchführung einer „billigen Liquidierung der Bergangehörigen“ Sonderabkommen mit den Deutschen in der Frage des Vermögensverlustes über das im Weltkrieg beschlagnahmte deutsche Eigentum abzuschließen.



Das italienische Kronprinzenpaar vor dem Betreten des Saales, in dem sie der Papst empfing.

### Zehn Jahre blutende Grenzen

Im Haag beim Frühstück der internationalen Pressevereinigung gestiegen sich die Staatsmänner der Siegermächte in geschmacklosen Witz. Sie ironisierten ihr Werk der wirtschaftlichen Niederdrückung Deutschlands, indem sie von großen Menschheitsaufgaben redeten, denen sich noch größere Dienste anschließen sollen, die man einem dankbaren Europa leisten möchte. Nie ist man höflicher und zynischer um die furchtbare Wahrheit herumgegangen, daß die Haager Konferenz nichts weiter ist als eine Versammlung der Siegermächte, auf der Deutschland „freiwillig“ das Joch untragbarer Tributzahlungen anerkennen soll. Der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius, der die Taktlosigkeit der gegenwärtigen Unterhändler über sich ergehen lassen mußte, konnte all diesen Hymnen auf den Fortschritt der Menschheit keine wirksamere und die Heuchelei dieser Reden besser kennzeichnende Tatsache entgegensetzen, als die Erinnerung daran, daß sich in diesen Tagen gerade zum zehnten Male das Inkrafttreten des Versailler Diktats jährt, und er hat seinen Zweifel recht deutlich Ausdruck verliehen, ob Festbestimmung im Haag am Plage sei. Das deutsche Volk hat an diesem Tage eines zehnjährigen Unfriedens recht viel auf dem Herzen, aber unser Außenminister mußte sich darüber in ein taktvolles Schweigen hüllen. Wäre er ebenso bodhaft und so zynisch gewesen wie seine Verhandlungsgegner, er hätte ihnen manche Verlegenheit bereiten können. So hätte er dem grimmen Snowden, der den deutschen Unterhändlern, als sie ihm nicht einige neue Millionen nutzlos opfern wollten, längst sogar Anklage vorwarf, einmal an seine eigenen Worte über das Friedensdiktat und seine Folgen erinnern können. Worte, die so treffend das Uebel kennzeichnen, unter dem Deutschland seit nunmehr zehn Jahren leidet, daß man ihnen auch als Deutscher nichts mehr hinzuzufügen braucht. Es ist wert, Snowden als den klassischen Zeugen unserer Not am heutigen Tage heranzuziehen. 1923 wurde er bei einer Rede im englischen Parlament durch den Zwischenruf unterbrochen: „Was hätte Deutschland getan?“ Snowden, damals noch schlichter Parlamentarier, antwortete: „Ich weiß es nicht; aber ich kann sagen, was Deutschland getan hat, als es Frankreich vor 50 Jahren schlug. Es hat keine französischen Provinzen genommen, es hat nicht französische Güter zerstört; es nahm allerdings zwei französische Provinzen weg, die Frankreich nur 200 Jahre besessen hatte und die 800 Jahre lang deutsch gewesen waren. Die Bevölkerung dieser Provinzen war bis zu 90 v. H. deutschen Ursprungs und deutscher Sprache. Deutschland legte Frankreich eine Entschädigung von 5 und nicht von 192 Milliarden auf; es zerstörte nicht den nationalen Kredit Frankreichs. Ich weiß nicht, was Deutschland getan hätte, aber eins weiß ich: es hätte den Alliierten nicht einen Frieden auferlegt, der brutaler, ungerechter, ehrloser und herausfordernder gewesen wäre und der mehr dauernden Haß hervorgerufen hätte, als es die Alliierten getan haben, die Alliierten, die höhere Ideale zu vertreten versicherten und die eine andere Denkart als die Deutschen zu haben vorgaben.“ Snowden, der Minister, hat diese treffenden Worte leider ganz vergessen. Er arbeitet jetzt munter mit an dem „brutalen, ungerechten, ehrlosen und herausfordernden Frieden“. Er tut nichts, um an der Ausrottung des Hasses mitzuwirken, den gerade die Inkraftsetzung des Versailler Diktats durch eine allem Selbstbestimmungsrecht der Völker höhnsprechende Grenzableitung immer und immer wieder neu erzeugen muß. Denn die Losreißung alter deutscher Provinzen aus dem Deutschen Reich ist es, die uns an diesem zehnjährigen Gedenktage mit so großer Bitterkeit erfüllt. Snowden hat an Elfsa-Vorbringen erinnert, wir erinnern uns an mehr. Zehn Jahre sind es her, daß im Westen die belgische Oberhoheit über das rein deutsche Eupen-Malmedy wirksam wurde, ehe man daran dachte, jenes „Zerrbild einer Volksabstimmung“ zu veranstalten, wie es nicht wir, sondern die Belgier selbst genannt haben. Am schmerzlichsten und in ihren Auswirkungen überhaupt nicht mehr gutzumachen sind aber unsere Verluste im Osten. Die Januarfrage 1920 werden auch für unsere deutschgebildete Grenzbevölkerung für immer ein doster, ein schwarzer Tag, bleiben, der für viele, auch wenn sie von Fremdbestimmung verschont blieben, schwerste wirtschaftliche Verluste, oft sogar den Ruin bedeutete. Zehn Jahre sind es her, daß die in Versailles auf dem gebildigen Papier abgesteckten Grenzen zur furchtbaren Wirklichkeit wurden. Willkürlich haben die Gegner den ein